

Der Saar-Bergknappe

Organ des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands für das Saargebiet

Erscheint jeden Samstag für die Mitglieder gratis. — Preis für die Jahrsstellenabonnenten 5.— Fr. monatlich ohne Postenlohn, für die Postabonnenten 15.— Fr. vierteljährlich.

Für wirtschaftliche u. geistige Hebung des Bergarbeiterstandes

Geschäftsstelle des „Saar-Bergknappen“: Saarbrücken 2, St. Johanner Straße 42. — Fernsprech-Anschluss: Amt Saarbrücken, Nummer 1330, 1002, 2003, 3194.

Arbeiter erwache!

Einige Bemerkungen.

Ob schon alle Menschen gleichwertige Geschöpfe des ewigen Herrgottes sind, werden sie hier auf Erden höchst ungleichwertig behandelt. Seit alter Zeit ist es so. Immer verstand es eine verhältnismäßig kleine Herrenschicht, die Masse des Volkes in Schach zu halten und für sich arbeiten zu lassen. Seinen schlimmsten Ausdruck fand dieser Zustand in der Sklaverei und der Leibeigenschaft.

In den „modernen“ Ländern ist der Zustand der alten Sklaverei und Leibeigenschaft überwunden. Die Verfassungen haben alle Staatsbürger zu politisch freien und ebenbürtigen Menschen erklärt. Politische und sonstige Vorrechte, die früher mit „Besitz und Bildung“ verbunden waren, sind weggeräumt.

Und doch: die ungleichwertige Behandlung ist noch immer zu verzeichnen, vielleicht noch viel schlimmer als je. Wirtschafts-„Kapitäne“, Geld-„Könige“, Handels-„herren“ herrschen. Sie herrschen national und international. Ihrem Willen gehorcht die Wirtschaft, die doch den Menschen insgesamt dienen soll. Sie pfeifen auf Verfassungen und Menschenrechte. Macht und Erwerb ist Leistung und Ziel.

So ist der Sinn der Wirtschaft völlig umgekehrt. Der wertvolle Mensch ist in ihr fast nur Objekt. Moderne Sklaverei ist zu verzeichnen. Der lebendige Mensch wird geringer bewertet als die Maschine. Ein Lohn gibt man ihm so viel, daß die nackte Arbeitskraft gerade noch erhalten bleibt. So ist der Arbeiter zu einem Leibeigenen der Wirtschaft gemacht. Ein Wirtschaft, die sich nichts an sittliche Normen kümmert und jegliche Ethik in die Kampfkammer verbannt.

Und das im Zeitalter der „Demokratie und Selbstbestimmung der Völker“! Im Zeitalter des freiesten Wahlrechtes! Der Arbeiter politisch den früheren Monarchen gleich! In der Wirtschaft aber ein Sklave und Leibeigener!

Ist das übertrieben? Bei Gott nicht! Machen wir doch die Augen auf und sehen wie die Dinge richtig.

Am Wahltag kann der Arbeiter genau die Macht entfalten mit seiner Stimme wie der Geld-„König“. Und doch beherrscht der Geld-„König“ mit dem Wirtschafts-„Kapitän“ die Wirtschaft. In der Wirtschaft ist der Arbeiter eine Nummer, eine tote Sache, ein Etwas, das in der Kalkulation eine gewisse Rolle spielt. So viel Arbeiter mal so viel Produktionswert, so viel Arbeiter mal so viel Gewinn: das ist die Rechnung, in der der Arbeiter figuriert. Sein Lohn — in dem sich ein guter Teil seiner Bewertung durch die Wirtschaft ausdrückt —, wird nicht nach seinen Lebensbedürfnissen bemessen, sondern in allergrößter Rücksicht auf den Gewinn, auf dem die Macht der Geldmenschen und Wirtschafts-„führer“ beruht.

Der Arbeiter spürt und fühlt das. Eine Last drückt auf ihn, die ihm die Freude nimmt und sein Leben vergällt. Dieses „aus-der-Hand-in-den-Mund-leben“ entehrt ihn, entehrt das Menschliche, das Seelische in ihm. Immer dieses Darben, dieses Angst-haben-müssen, die Familie nicht richtig ernähren zu können. Aus der anderen Seite sieht er den sich mehrenden Luxus — trotz des immerwährenden Geldschlusses von der „notleidenden“ Wirtschaft, dem „bankrotten“ Mittelstand —, liest er von dem steigenden Beizuch in den Kurorten und Bädern, die sich selbst von Jahr zu Jahr vermehren, von dem Anschwellen des Stromes Vergnügungsgieriger ins Ausland (ob schon wir im Inland das Geld so nötig haben), hört er von „verschleierten“ Bilanzen und Steuerdrückerbergerei. Da willigt ihn etwas, da kommt sein Inneres in Aufruhr, was sich auch mal so oder so äußert — aber die richtigen Konsequenzen zieht er nicht. Seine Macht läßt er ungenutzt, seine Kraft läßt er in „radikalen“ Wortentladungen verpuffen, ahmt dann und wann auch mal „Kommers“ nach, kolliert hinter der „dicken Trommel“, — alles eiteler Plauder, jedes Surrogat, betörende Seifenblasen. Und die Mächtigen und Herrscher — die zwar keine Kronen mehr tragen — lachen und freuen sich, daß die „Masse“ träge Masse bleibt, ihre Kraft nicht wirken läßt in der rechten Weise und so keine Macht erringt.

Und der Trost der Mächtigen und Herrscher im Wirtschaftsleben? Ja, der schwimmt an, schwimmt an in

allen Volksschichten und Berufen, auch in den Berufen, die zu anderem Handeln berufen sind. Sie alle wollen es nicht mit den Wirtschaftsgewaltigen „verderben“, da sie etwas zu sagen und zu vergeben haben. Wer es mit der Masse hält, wird geachtet, küll, aber gründlich. Da ist es denn bequemer, von der „unzufriedenen“ Masse zu reden, die da so unbedingte Ansprüche stellt, die die „notleidende“ Wirtschaft nicht erfüllen kann. Und es ist „moderner“ und schließlich sehr einträglich, von den „hehrlichen“ Gewerkschaftssekretären zu reden, die ihres „Sauches“ wegen die Masse aufwiegen. Na, ja so ist es — derweil aber füllt sich der Kessel immer mehr mit Explosivstoff, bei dessen Entladung es zu spät ist Gewissensberührung anzustellen und Umkehr zu halten.

Arbeiter, seid nicht länger Lohne! Erkennt endlich, daß uns nur die Selbsthilfe voran bringt. Unsere eigene Kraft muß Veränderung schaffen. In keine elgene Kraft muß jeder Vertrauen haben. Und die Kraft aller muß zusammen wirken in der Gewerkschaftsbewegung. Nur die Gewerkschaftsbewegung ist

imstande, die notwendige Veränderung herbeizuführen. Sie kann die Veränderung aber nur dann herbeiführen, wenn die Arbeiter ihr angehören. Tausende und Abertausende des eigenen Berufes und anderer Berufe stehen ihr noch fern. Die sadencheinigsten Gründe bilden die Ursache. Sie müssen ausgeräumt werden. Es geht um eine andere Bewertung der Arbeiterkraft in der Wirtschaft. Kein Wirtschaftsführer, kein Geldkönig, kein Handelsherr, kein Handwerker, kein Landwirt wird uns das schaffen. Selbst müssen wir es zwingen. Wir haben darauf ein Anrecht. Der Mensch ist das Höchste in der Wirtschaft, der Mensch der schafft und mit seinem Schweiße die Produktion leget. Diesen Zustand zu erzwingen, die moderne Sklaverei und Leibeigenschaft zu beseitigen: das muß das Ziel aller Arbeiter sein. Soll das Ziel erreicht werden, dann müssen Opfer gebracht werden, Opfer an Zeit und Geld, dann muß die Arbeiterkraft geistig höher steigen, dann muß sie sich, soweit sie christlich denkt, restlos in unserer Gewerkschaftsbewegung vereinen.

Rundgebung des Gewerkvereins christlicher Bergleute zur Lohnfrage

Eine vom 5. bis 7. Oktober in Königswinter unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Heinrich J. Buchholz tagende, aus allen Teilen Deutschlands (einschließlich des Saargebietes) bestående Reichskonferenz des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, erließ folgende Rundgebung:

„Die wirtschaftliche Lage der deutschen Bergarbeiter ist unerträglich geworden. Ihr Einkommen ist so niedrig, daß sie und ihre Familie nicht das zum Leben Notwendige haben und vielfach hungern müssen.“

Das Vierteljahreinkommen im Ruhrgebiet betrug im zweiten Vierteljahr 1937 im Durchschnitt für einen Arbeiter nach Abzug der Versicherungsbeiträge insgesamt 507 Mk. oder monatlich 169 Mk. In den übrigen Bergrevieren Deutschlands, mit einer Ausnahme, ist das Einkommen der Bergarbeiter noch geringer. In Niederschlesien betrug z. B. der Durchschnittslohn im genannten Vierteljahr je Monat 126 Mk., in Oberschlesien 123 Mk., in Mansfeld 117 Mk., in Rastatt und Wehrhau 114 Mk. und im Oberharz 112 Mk. Forderungen auf ansehnliche Lohnsteigerungen wurden von den Unternehmern und der Regierung stets mit der Begründung abgelehnt, daß unsere Wirtschaft höhere Löhne nicht tragen könne.

Nun will die Regierung eine Erhöhung der Besoldung der Beamten

des Reiches, der Länder und der Kommunen durchführen. Der Mehraufwand soll 1,5 Milliarden Mark betragen. Die Bedeutung dieser Summe wird erst klar, wenn man bedenkt, daß die gesamten Bergarbeiter Deutschlands (363 196 Vollarbeiter) im Jahre 1926 insgesamt

nur 1,253 Milliarden Mark verdienten. (Beilage zum „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 16/1927.) Die jetzige Erhöhung der Beamteneinkünfte erfordert also 247 Millionen Mark mehr, wie die gesamten deutschen Bergleute im ganzen Jahre 1926 verdienten. Im einzelnen stellt sich die den Beamten jetzt zugedachte Gehaltserhöhung auf 18 bis 35 Proz. Sie wird mit der Kostlage der Beamten begründet. Der Reichsfinanzminister erhebt die Erhöhung mit Worten und Mitteln, die u. E. ein die Finanzlage Deutschlands übersehender und sich seiner Verantwortung bewußter Finanzminister nicht anwenden darf. Er schilbert die Not der Beamten in den schwärzesten Farben. Mit keinem Wort erinnert er daran, daß

die produktiv tätigen Bevölkerungsschichten, die doch die Mittel für die Gehaltserhöhung aufbringen müssen, zum weitaus größten Teil ein viel geringeres Einkommen haben, wie selbst die Beamten der unteren Gehaltsgruppen.

Die Reichsregierung mißt offensichtlich mit zweierlei Maß. Sie ist ungerecht. Den heute schon Bessergestellten will sie erheblich mehr geben. An die, die am meisten Not leiden und darben, aber denkt sie nicht.

Wir erheben gegen diese von der Reichsregierung geübte Ungerechtigkeit scharfen Protest.

Wir verlangen Gerechtigkeit. Wir fordern, daß in erster Linie auch denen geholfen wird, die trotz geübter Arbeit das geringste Einkommen haben.

Der Reichsfinanzminister führte in Magdeburg bei den Beamten aus, daß er das Geld für die geplante Gehaltserhöhung für die Beamten bereits beschafft habe. Wir stellen fest, daß der Herr Reichsfinanzminister dringend notwendige und vom deutschen nationalen Standpunkt aus wünschenswerte Ausgaben verhinderte. Eine Entschädigung der Bergarbeiter, die während des Ruhrkampfes wirtschaftlich furchtbar geschädigt und in die größte Not gebracht wurden, ist noch nicht erfolgt. Der Reichsfinanzminister schaffte auch noch vor wenigen Monaten

die Saargängerzulage ab. Zeitweise wurde den im Saargebiet unter der Frankfurter Währung arbeitenden, aber außerhalb des Saargebietes wohnenden deutschen Bergleuten eine kleine Zulage gezahlt. Die Entschädigung für die von den Saargängern in deutscher Mark auszubringenden Fahrgelder betrug im Monat insgesamt nur wenige hunderttausend Mark. Der Reichsfinanzminister weigerte sich, diese wenigen hunderttausend Mark an die sich in ungläublicher Notlage befindlichen Saargänger weiter auszuzahlen. Für die im Kampf für das Deutschtum im ersten Treffen stehenden und vielfach hungernden Saarbergleute ist nicht genügend Geld da.

Sodann halten wir uns für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß das Verhalten des Reichsfinanzministers

die Gefahr einer neuen Inflation heraufbeschwört. Die von ihm so scharf bestrittenen Mehrausgaben sind vollständig unproduktiv. Sie müssen deshalb bei ihrem gewaltigen Ausmaß eine Schädigung unserer Währung zur Folge haben.

wenn nicht durch nebenherlaufende Maßnahmen eine Steigerung der Produktion sichergestellt wird. Nach Angabe der einzelstaatlichen Finanzminister und Kommunalverwaltungen sind die neuen Ausgaben ohne neue unerträgliche Steuern nicht zu decken. Eine Verschlechterung der Währung würde die jetzt schon unerträglich schlechte Lebenslage der Bergleute

noch weiter herabdrücken. Ungünstige Rückwirkungen auf die Produktion sind unvermeidlich, wenn die Arbeitskraft der Bergleute durch eine weitere Verschlechterung der Lebenslage immer mehr geschwächt wird. Die Gesunderhaltung, Leistungsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit der Bergarbeiter und damit die Hochhaltung und Steigerung der Produktion ist nur bei einer erheblichen Erhöhung der Löhne gewährleistet. Wir fordern deshalb sowohl im Interesse der Bergleute, wie auch im Interesse des Gesamtvolkes eine Erhöhung der Löhne der Bergarbeiter auf den Stand, der nach Angabe des Reichsfinanzministers auf dem Beamtentag in Magdeburg zur Behebung der Notlage unbedingt erforderlich ist. Die unbedingt notwendige Erhöhung der Löhne der Bergleute muß gleichzeitig mit der Erhöhung der Beamtengelder durchgeführt werden.“

Hier ist Rhodus, hier springe!

In der Nummer 40 teilten wir mit, daß die Reichsregierung eine Besoldungsreform beschlossen habe, deren praktische Durchführung von der Beamtenschaft auch im Saargebiet gefordert werde. Wir knüpften an diese Mitteilung die Bemerkung an, daß die Durchführung der Beamtensforderungen unter keinen Umständen mit einer Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft verbunden sein dürfe. In der Nummer 41 brachten wir die Forderungen des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter zur Kenntnis, die auf einer am 24. September in Essen tagenden Konferenz aufgestellt und der Reichsregierung zugeleitet wurden. In diesen Forderungen kommt zum Ausdruck, daß die Reichsregierung verpflichtet ist, sich dafür einzusetzen, daß mit der Erhöhung der Beamtensbesoldung auch eine entsprechende Erhöhung der Arbeiter im Staatsbergbau und privaten Bergbau erfolgt. Die Begründung, die Reichsminister Dr. Köhler für die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beamtengelder angegeben habe, treffe mit viel größerer Berechtigung für die Bergleute zu, deren Notlage groß sei und deren gefährliche Arbeit viel zu gering bewertet würde.

Diese Forderungen des Gewerkschafts brachte die große deutsche Tagespresse zur Kenntnis der Öffentlichkeit. Es fiel keiner Zeitung ein, dem Gewerkschaft ein die Berechtigung seines Vorgehens abzustreiten. Im Gegenteil, viele Zeitungen unterstützten noch das Vorgehen, wie beispielsweise die „Saarbrücker Landeszeitung“. Anders handelte hingegen das Organ des Beamtensbundes des Saargebietes. Mit einer Fälschung, die geradezu lächerlich wirkt, fällt dieses Organ über jeden her, der nicht rückhaltlos die Forderungen der Beamten und ihre Ausfahrungen an dem Besoldungsreformentwurf gutheißt. Niemand hat sich in unsere Angelegenheit einzumischen, politerte es los, als auf die Rechtsseite der Medaille von einer hiesigen Tageszeitung (Landeszeitung) verwiesen wurde. Als ob die Beamten die Welt allein darstellten, und alle übrigen Bevölkerungsschichten nur „Trabant“ um die „Sonne“ Beamtenschaft wären! Dabei ist es doch so, daß die Dienste der Beamten vom Volke bezahlt werden, und zwar aus dessen Steuern. Bei dieser Sachlage hat das Volk das allergrößte Recht, sich darum zu kümmern, wie mit den Steuern gewirtschaftet wird. Wenn die Tatsache besteht, daß viele Millionen Arbeiter ein monatliches Einkommen haben, das noch nicht mal an die Gehaltsätze der alleruntersten Beamtengruppe heranreicht und das Reich die Unmöglichkeit betont, besonders notleidenden Schichten zu helfen, dann lassen diese Bevölkerungsschichten auch noch schweigen oder gar jubeln, wenn Reich, Länder und Kommunen ihre Haushalte um 1½ Milliarden Mark allein durch die Erhöhung der Beamtengelder belasten, mit einer Summe also, die den gesamten Jahreslohn übersteigt, den alle Bergleute Deutschlands beziehen. Zugegeben, die untersten Beamtengruppen sind nicht richtig gestellt. Wo bleibt da aber die soziale Einstellung der Beamtenschaft selbst? Warum wird nicht eine Regulierung dahin vorgenommen, daß ein größerer Ausgleich zwischen den untersten und obersten Beamtengruppen geschaffen wird? Oder ist es ein gerechter Ausgleich, wenn beispielsweise ein oberer Beamter monatlich 140 Mark mehr erhält und ein unterer nur 40 Mark? Hier sollte das Beamtensbündnis mit seiner Kritik einsehen, wenn es die Interessen der unteren Beamten richtig vertreten will. Wenn es aber die Organe der Beamten nicht tun, dann ist es die Pflicht des übrigen Volkes, auf diese Ungerechtigkeiten hinzuweisen. Wo Schalter von monatlich 500 bis 1000 Mark schon bezahlt werden, kann doch keine Not bestehen. Wenn aber doch davon geredet wird in der Begründung zur Besoldungsreform, diese fände ihre Berechtigung in der „Notlage und

Verschuldung“ der Beamtenschaft, soll dann die Arbeiterschaft schweigen, die mit ihrem Einkommen noch unter den Bezügen der alleruntersten Beamtengruppe liegt? Die Arbeiterschaft soll schweigen, der man ständig vorhält, die Wirtschaft könne nicht mehr tragen und das Reich würde durch die Daweslasten erdrückt? Eine Arbeiterorganisation, die angesichts dieser Vorgänge schweigt, verjüngt sich an ihren Mitgliedern.

Es ist daher geradezu empörend, wenn das Organ des Beamtensbundes des Saargebietes über den Gewerkschaften herfällt, weil er seine Forderungen mit den Argumenten begründete, die Reichsminister Köhler für die Notwendigkeit der Aufbesserung der Beamtengelder in seiner Magdeburger Rede anführte. Oder soll diese Begründung für die Arbeiterschaft nicht gelten? „Der Gewerkschaften begründe seine Forderungen mit der Wirtschaftslage seiner Mitglieder und lasse die Beamten in Ruhe“, hebt im Zeitdruck das genannte Beamtensbündnis hervor. Was tat der Gewerkschaften? Er sagte, daß das Einkommen der Bergleute geringer sei als das der Beamten, und wenn die Beamten Not litten, daß das dann in noch größerem Maße bei den Bergleuten zutraf. Wenn also das Reich den Beamten geben wolle, dann müsse es sich auch für die Bergleute einsetzen; denn was dem einen recht sei, müsse dem andern billig sein. — Oder soll es nicht so sein? Nach den Auslassungen des Be-

amtensbündnisses wohl. Übrigens wird sich der Gewerkschaften in seinen Maßnahmen nicht stören lassen durch die Stellungnahme einer Redaktion, die ziemlich weisfremd zu sein scheint und alles durch die Standesbrille sieht. Möge man nur in diesem Tone fortfahren, dienstlich wird das der Beamtenschaft auf die Dauer schmerzlich nicht sein, wenn auch aus gewissen Agitationsrücksichten Sozialdemokraten und Kommunisten so tun, als ob eine Erhöhung der Beamtengelder eine entsprechende Aufbesserung der Löhne der Arbeiterschaft schon bedeute. Wir betonen mit aller Deutlichkeit, daß das Vorgehen des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter eine zwingende Notwendigkeit ist, und bedauern es sehr, daß nicht alle Arbeiterorganisationen gleichzeitig ähnliche Schritte unternommen haben. Das beweist uns, daß der Gewerkschaften auf dem Posten ist und seiner Aufgabe gemäß mit Nachdruck für die berechtigten Interessen des Bergmannstandes eintritt. Der Regierungskommission sagen wir wiederum, daß eine Aufbesserung der Bezüge der Beamten unter keinen Umständen mit einer Belastung der ohnehin schlecht gestellten breiten Volksschichten des Saargebietes verbunden sein darf. An sie richten wir nochmals die dringende Aufforderung, sich mit allem Nachdruck für eine Besserstellung der Arbeiterschaft einzusetzen, deren Notlage so schlimm ist wie noch nie. „hic Rhodus, hic saltus!“ (Hier ist Rhodus, hier springe!)

Der senkrechte Schacht und seine Gefahren

Zu dem modernen Bergwerksbetrieb, insofern es sich um Tiefbau handelt, gehört der senkrechte oder senkrechte Schacht und im Bergwerk selbst, wo mehrere nahe zusammenliegende Flöze gelöst werden sollen, wird man den blinden Schacht, oder Stapel auffahren.

Es dürfte von Interesse, ja notwendig sein, auf die große Zahl der Unfälle hinzuweisen, die gerade in diesen Grubenbauen den Bergmann treffen.

Wir können da drei verschiedene Unfallarten unterscheiden, die sich in den senkrechten Schächten hauptsächlich ereignen:

Absturzunfälle, Seilschiffsunfälle und Unfälle bei der Herstellung, dem Auffahren der senkrechten Schächte.

Absturzunfälle. Oft, allzu oft durchreißt das Saartor die schlimme Kunde, dort oder dort ist ein Kamerad in den Schacht gestürzt. Ein Schauern überläuft uns, wenn wir uns den Sturz in die fürchterliche Tiefe vorzustellen versuchen und später wieder müssen wir den Ursachen zu diesen, besonders gelagerten Unfällen, die ja in fast allen Fällen auch tödlich sind, nachgehen.

Der Absturz in den Schacht kann erfolgen durch Fehltritte oder Fehltritte beim Befahren (klettern) des Schachtes oder bei Reparaturarbeiten in demselben. Bei diesen Reparaturarbeiten muß deshalb darauf geachtet werden, daß stets gute Bühnen, mit darunterliegenden Sicherheitsbühnen eingebaut werden. Zudem muß der Schachtimmerhauer an der Rettungsleine richtig angeheißt sein. Man sollte sich nie aus Gleichgültigkeit, übertriebener Eile, oder weil es vielleicht an den geeigneten Leinen fehlt, zur Vornahme gefährlicher Schachtarbeiten ohne Ansehung herbeilassen. Ferner kann ein Absturz erfolgen, weil Sicherheitsstüren, oder andere Schachtverschlüsse fehlen, oder, sei es aus Ueberreile, oder Gleichgültigkeit, offen gelassen wurden. Bei fehlenden Schachtverschlässen ist die Arbeit am Schacht bezw. die Förderung solange einzustellen und der Schacht provisorisch gegen Absturzgefahr zu sichern, bis die geeigneten Sicherheitsverschlüsse wieder in Ordnung sind. Auf keinen Fall darf der Schacht ungesichert offen stehen; deshalb darf auch kein noch so großes Trängen auf Förderung, oder gar Gleichgültigkeit der Grund zum Unterlassen der Schließung der Sicherheitsvorrichtungen sein; istern diese Einrichtungen nicht selbsttätig schließend eingerichtet sind, sollte dies nach Möglichkeit herbeigeführt werden.

Seilschiffsunfälle sind solche, die, wie ja schon das Wort sagt, sich bei der Seilschiffahrt oder durch dieselbe ereignen. Eine Reihe von Umständen kann, wie ja schon in einem früheren Aufsatz in unserm „Saar-Bergknappen“ nachgewiesen, bei diesen Unfällen mitspielen. Und weil bei denselben unsere Kameraden sehr oft zur Verantwortlichkeit herangezogen werden, müssen da manche Momente ganz besonders ins rechte Licht gestellt werden. Die Seilschiffsunfälle können herbeigeführt werden durch Fördermaschinendefekte, durch Schachtdefekte, durch Seil-, Fördergerippe- oder Signalschäden, durch Täuschungen bei der Signalgebung und Signalabnahme, endlich durch Fahrlässigkeit.

Was die Einrichtungen wie Fördermaschinen, Schachtausbau, Schachtleitungen, Seile, Fördergerippe, Signalleitungen und -apparate betrifft, so muß darauf geachtet werden, daß diese vor in Betriebstellung gründlich ausprobiert und außerdem vor jeder Seilschiffahrt gründlich revidiert werden. Diese Revisionen dürfen nicht, wie schon vorgekommen, zu-

gunsten der Förderung abgelehrt werden. Etwas vorhandene Schäden, z. B. an Förderseilen dürfen nicht aus Sparsamkeit übergangen werden. Das Signalwesen sollte überall so eingerichtet sein, daß neben dem elektr. Klingensignal auch das optische Signal eingeführt würde, damit ein Versehen immer noch durch das Gesicht korrigiert werden kann. Eine große Zahl der Seilschiffsunfälle ist auf den Umstand des Ausfahrens mancher Kameraden außerhalb der normalen Seilschiffszeit zurückzuführen. Diese Gepflogenheit ist gerade in den letzten Jahren durch die französische Verwaltung durch Verfahren von Ueberstunden nach der Schicht eingeführt worden. Einige Kameraden kommen während der Kohlenförderung an den Schacht, sie wollen ausfahren, weil sie nun schon 10, 12 oder mehr Stunden in der Grube sind. Konsejten der Verwaltung weiß man, daß die Leute heraus müssen, man heßt und drückt aber andererseits auch auf den Signalgeber, keine oder keine großen Förderpausen entstehen zu lassen. Ist es darum doch verständlich, wenn es vorkommt, daß der Signalgeber sich verleiten läßt, und entgegen seiner Vorschrift eine Seilschiffahrt ohne angehängte Türen vornimmt. Die Verwaltung und ihre Organe haben auch sicher nicht das erste Mal dies gesehen und stillschweigend geduldet. Aber, wenn ein Unfall dabei passiert, dann wird der Signalgeber, der ein Opfer des Systems geworden ist, zur Rechenschaft gezogen. Es muß aber unseren Kameraden immer wieder gesagt werden, ihre Vorschriften nicht außer acht zu lassen. Es wird sehr selten vorkommen, daß ein Signalgeber aus Nachlässigkeit, oder Fahrlässigkeit seine Vorschriften außer acht läßt und einen Unfall verschuldet, denn werden doch nur besonders gewissenhafte und nüchternen Leute hierzu bestellt. Wo aber doch einmal ein solcher Fall vorkommen sollte, dort soll er sicher nicht entschuldigt werden.

Unfälle bei der Herstellung von Schächten sind ebenfalls keine Seltenheit. Wir kennen zwei Arten der Herstellung: das Abteufen und das Ueberbrechen. Die beim Abteufen entstehenden Unfälle sind meistens auf Hinabfallen von Fördergut, Materialien und Gezüge aus der Förderkammer in den Schacht zurückzuführen. Aber auch durch Fallen in der Förderkammer, durch Schachthaken des Seiles und der Tonnenführungen sind schon häufig Unfälle herbeigeführt worden.

Gegen erstere Gefahr ist es deshalb notwendig, sich in der Weise zu schützen, daß die Tonne nicht überladen wird. Material und Gezüge müssen so untergebracht werden, daß sie nicht seitwärts überstehen und festgebunden werden können. Bei größeren, gefährlichen Transporten muß der Arbeitsort verlassen und der Sicherheitsort aufgesucht werden. Ueber dem Arbeitsort muß eine kräftige Sicherheitsbühne (doppelt) eingehaut werden; es muß aber darauf geachtet werden, daß die Tonne, wie schon oft vorgekommen, die Bühne beim Auf- und Abgehen nicht greift und sich umkippt. Endlich ist beim Abteufen auf gutes Seil- und Leitungsmaterial und sorgfältige Arbeitsausführung besonders zu achten. Wo Menschenleben in Gefahr stehen, darf man sich nie auf Notbehelfe einlassen.

Größere Gefahren als das Abteufen hat das Ueberbrechen. Dieses Verfahren wendet man meistens zur Herstellung blinder Schächte an, wo einzelne Sohlen miteinander verbunden werden sollen, oder wo es sich um die Lösung zusammenhängender, oder wenig geneigter, oder gemuldeter Flöze handelt. Da das Ueberbrechen gegenüber dem Abteufen den Vor-

zug der leichtern und billigeren Förderung der Masfen hat, und auch manche Vorteile in Bezug auf Ausbau dafür sprechen, wendet man das Verfahren trotz anderer, unsfallgefährlicher Momente sehr oft an. Abgesehen von dem Umstande, daß das Ueberbrechen in hart schlagwetterhaltigem Gebirge die Wetterführung sehr erschwert, wird auch das seitredite Aufwärtsbrechen, besonders in kurzflüchtigem, gebräuchem Gebirge eine dauernde große Unfallgefahrenquelle sein. Da die Arbeitsweise so geschieht, daß stets mehrere Sprengschüsse mitammen, d. h. kurz hintereinander abgetan werden, so ist es notwendig, daß der Hauer nach jeder Sprengung, sei es zur Beraumung des Schusses, sei es zum Befehen bzw. Anhängen neuer Bohrlöcher auf gut Glück durch die Sicherheitsbühne und die Arbeitsbühne nach oben steigen muß, es dem Zufall überlassend, ob ihn nicht ein durch den Sprengschuß gelöster Felsblock trifft. Selbst die größte Vorsicht und die beste Erfahrung und Übung (die ja auch noch bekanntlich gegen die Gefahr abtumpft) kann da manchmal einen Unfall nicht verhindern; es ist eben in diesem Falle zuviel Zufallsache. Vor der Herstellung eines Schachtes wäre aus den angeführten Gründen jedesmal auch die Unfallgefährlichkeit des anzuwendenden Systems in Rechnung zu stellen.

Aus den Statistiken erschen wir immer wieder, daß die Schachtfälle noch einen großen Raum in dem gesamten Grubenunfallkapitel einnehmen und daß zur Herabdrückung dieser Unfälle alle möglichen Hebel angelegt werden müssen.

R

Die Unternehmer rüsten

Die deutschen Unternehmer wollen aufs Ganze gehen. Ihr Ziel ist, die Arbeiterschaft aus allen Stellungen herauszuwerfen, die die Gewerkschaften für die Arbeiter eroberten. Das Verhältnis, das Alexander Tille, der übliche Schanzmacherische Syndikus der Saarbriicker Handelskammer in „Saarabtiens glorreicher Zeit“ den Unternehmern als das Ideal zeichnete, der Unternehmer ist der befehlende Herr und der Arbeiter der gehorchende, demütige und gefügige Diener, soll erreicht werden. Die Vorgeplänkel des kommenden großen Kampfes sind zugange. Im Westen, in Mitteldeutschland, im Osten und Süden, überall sucht das Unternehmertum die Stellung der Arbeiter zu lockern und zu zermürben. Inzwischen schließt es seine Reihen fester und sammelt es die nötigen Kräfte zum großen Schlage.

Welche Pläne das Unternehmertum verfolgt und wie es seine Kräfteammung vornimmt, geht aus einem Rundschreiben eines Unternehmerverbandes im Westen Deutschlands hervor, das unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ (Nr. 218 vom 17. Sept. 1927) zur Kenntnis brachte. Es dürfte gut sein, auch unsere Mitglieder mit dem Inhalte des Rundschreibens bekannt zu machen, damit sie sehen, wie berechtigt unsere Ausführungen im Leitartikel sind, und daß gerade die Arbeiterschaft keine Zeit haben darf, um müde zu werden. Kampfgeist muß in ihr lebendig bleiben, damit sie nicht schlafend und ungerüstet überumpelt wird.

Lassen wir nun die Ausführungen des Deutschen, die unwidersprochen bleiben, hier folgen:

„Wir erhalten von dem Rundschreiben eines Arbeitgeherverbandes im Westen Deutschlands Kenntnis, dessen Inhalt nach unseren Ermittlungen nicht bestreitbar

ist. In diesem Rundschreiben wird in aller Offenheit hervorgehoben, wie die Arbeitgeber den Kampf gegen die Arbeiterschaft vorbereiten.

Das Rundschreiben, das der Einrichtung einer Streikklasse der Arbeitgeber das Wort redet, weist darauf hin, daß über kurz oder lang

ein großer Kampf zwischen der Arbeiterschaft und der Arbeiterschaft

über gewisse Prinzipien bzw. Lebensnwendigkeiten der deutschen Wirtschaft entbrennen werde. Für die Kenner der Verhältnisse unterliegt es keine keinem Zweifel mehr, daß an diesem Kampf nicht vorbeizukommen sei. Die zurzeit im Gange befindlichen Streiks und Ausperrungen seien zum Teil von grundsätzlicher Bedeutung, zumal neben lohnpolitischen allgemeineren Beweggründen eine ausschlaggebende Rolle spielen. Das Rundschreiben wendet sich dann sehr scharf gegen den Reichsarbeitsminister Brauns, der den Betreibungen der Wirtschaft über die Untrogsart der Schiedsrichter zu wenig Glauben schenke. Solange Brauns Arbeitsminister sei, könne für die Wirtschaft nichts erwartet werden. Daraus müßten endlich einmal die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Der Vorstand der nordwestlichen Gruppe habe in klarer Erkenntnis dieses Gedankens beschlossen, dem Reichsarbeitsminister bei der ersten Gelegenheit einmal die Stirne zu bieten und einen möglicherweise daraus entstehenden Kampf rechtlos und mit allen Mitteln durchzuführen.

„Aber Voraussetzt nach werde es also zu einem Kampf Ende dieses bzw. Anfang des kommenden Jahres anlässlich der Verkürzung der Arbeitszeit für die Schwerindustrie kommen.“

Dabei habe die nordwestliche Gruppe beschlossen, ab Monat August von jedem Werk zur Gründung einer Streikklasse monatlich einen Betrag von 5.— RM pro Arbeitnehmer zu erheben. Die großen Werke, namentlich die Hüttenwerke, hätten von vornherein erklärt, daß sie auf eine Unterstützung aus diesem Fonds im Falle eines Streiks oder einer Ausperrung verzichten, so daß der Gesamtbeitrag der mittleren und kleineren Industrie zugute kommen würde, damit Sicherheit gegeben sei, daß namentlich die kleineren und mittleren Werke beim Kampf nicht abdröckeln. Aus dem Rundschreiben geht weiter hervor, daß die nordwestliche Gruppe ein gleiches Vorgehen den Nachbarverbänden dringend ans Herz gelegt habe. Grundständig hätten alle Verbände der Anregung der nordwestlichen Gruppe zugestimmt. So auch die der weiterverarbeitenden Industrie der selbständigen Randbezirke von Nordwest, wie beispielsweise Dagen, Remscheid, Elberfeld usw. Die Befugnis, daß der für die Streikklasse vorgeschlagene monatliche Betrag von 5.— RM pro Arbeitnehmer zu hoch sei, habe in der betreffenden Sitzung Herr Dr. Pönsanen mit der Begründung widerlegt, daß diese Ausgabe nur einer 2 Prozentsigen Lohn-erhöhung gleichkomme.“

Das Rundschreiben ist eindeutig. Die Unternehmer wollen die Arbeiter zum Kampfe zwingen. Damit die kleinen Unternehmer aushalten können, sollen sie aus der „Streikklasse“ unterstützt werden. Um diese zu füllen, wurde die Abführung eines Betrages von 5.— Mark je Arbeitnehmer, der beschäftigt wird, und je Monat beschlossen. Die Streikklasse wird somit aus dem Ertrage der Produktion gebildet. Aber nicht etwa aus dem Gewinnanteil der Unternehmer, sondern auf Kosten der Löhne der Arbeiter. Diesen ver-

weigert man ja die notwendige Lohnaufbesserung, woraus die Teilkämpfe, die sich jetzt schon abspielen, entstanden sind.

Das Rundschreiben muß allen Arbeitern die Augen öffnen. Sie müssen die notwendigen Gegenmaßnahmen treffen. Gegenmaßnahmen treffen, heißt die Gewerkschaften stärken. Daran aber fehlt es. Die Arbeiter, die den Gewerkschaften fern stehen, die Menschen, die die Gewerkschaften verleugern, arbeiten dem Unternehmertum in die Hände, stärken deren Position. Das muß erkannt werden, damit die Notwendigkeit einer gesteigerten Werbetätigkeit ersicht wird. Ohne sie gibt es keine Stärkung der Gewerkschaftsbewegung. Wer sie trotz der Pläne der Unternehmer und trotz Kennens der drohenden Gefahren nicht vornimmt, macht sich auch schuldig, wenn in der Entscheidungszeit die Position der Unternehmer eine harte ist. Gelingt es durch eifrige Werbearbeit die Gewerkschaftsbewegung erheblich zu stärken, dann werden die Unternehmer es sich eher überlegen, ob sie loszuschlagen sollen oder nicht. Wer also sich selbst dienen will, muß an der Stärkung der Gewerkschaftsbewegung arbeiten.

Nicht alles ruhig hinnehmen

Ein Vertrauensmann schreibt uns: Eihe ich da eines Sonntags in einem Lokale, um nach dem Rundtragen des Knappen und dem Einfassieren der Beiträge mein wohlverdientes „Schöppchen“ zu trinken. In einer Ecke, am „Stammtische“, hat eine Anzahl Pensionäre. Sie unterhielten sich ziemlich laut, und als ich etwas näher hin- hörte, stellte ich fest, daß von den „Gewerkschaften“ die Rede war. Sie übten recht heftig an den Gewerkschaften Kritik, schlugen auf den Tisch, daß sie „nichts täten“ und somit gar „keinen Wert“ hätten. Immer wieder erhoben sie die Behauptung, daß die „Gewerkschaften“ für sie, die Pensionäre, noch „gar nichts getan“ hätten. — Das war mir denn doch zu dünn. Es sah auch noch einige Gewerksvereiner da, die sich nicht rührten. Ich schlangelte mich an die Kritiküber und Besserwisser heran, und fragte sie mal, ob sie überhaupt während ihrer aktiven Dienstzeit organisiert gewesen seien. Ich sei nun schon jahrelang Vertrauensmann, könnte mich aber nicht entsinnen, sie jemals bedient zu haben, im Gegenteil, bei Hausagitationen hätten sie sich meist ins Schlafszimmer versetzt und durch die Frau sagen lassen, es wäre „nichts zu machen“, sie könnten das „neure Geld“ nicht den „Gewerkschaften“ in den Hals werfen. Als ich das den Kritikübern unverblümt ins Gesicht sagte, wurden sie schon etwas keins- lauter, und als einer aufbegehren wollte, sagte ich ihm rundweg, daß er gar kein Recht habe, an den Gewerkschaften Kritik zu üben oder ihnen Vorschriften zu machen. Wenn er organisiert wäre, wüßte er schon, was die Gewerkschaften für die Arbeiter und Rentenempfänger geleistet hätten. Als wir nun so in der Debatte drin waren, wurden auch die übrigen Gewerkschaftler munter. Jeder wußte nun etwas den Allen zu sagen. Es wurde ihnen nachgewiesen, daß gerade für die Rentenempfänger ungenügend viel von den Gewerkschaften geleistet wurde. Sie wurden erinnert an die 40 Zentner Depuitatlohlen, die sie früher nicht bekamen, an die Erhöhung der Teuerungszulage als Ersatz des früheren Wartegeldes, an den Ausbau der Familien-Krankenhilfe, an die Zuschüsse aus Mitteln des Reichs-Knappschaftsvereins, an die Erhöhung der knappschaflichen Beiträge an sich, an die Abmachungen zwischen Reich und Saargebiet, die in ablehbarer Zeit in Kraft treten. Unverblümt wurde den Pensionären gesagt, daß sie keine Hilfe mehr fänden, wenn die aktiven Bergleute genau so wie sie die Gewerkschaften verkehrten.

Herbst

Schnell gealtert,
Dager gewest und grau,
Kuhst du nun aus, Frau Erde,
Frühestad nicht du um dich
Fables dlichtes Nebelwand.

Doch, du schlaft du dein Auge auf
Groß und leuchtend,
Ruhig und fest und klar,
Mild und sinnend und wissend,
Ach, welch herrliches Gesehenaus.

Mild und fest, so trifft es auch mich,
Deinmal mir in Herz und Geblüt.
Und ich fühle den Wunsch,
So im Alter auch einst
Auf die Jugend können zu sehen,
Groß und leuchtend,
Ruhig und fest und klar,
Mild und sinnend und wissend, —
Wander des Gesehenaus. Greta Kid.

Ueber Ordnung und Geseh

Von Ludwig Kessina.

Ohne Ordnung kommt die Welt nicht aus, und ohne Geseh wird die so notwendige Ordnung keine genügende Beachtung finden. Beide greifen zu eng ineinander, als daß sich eine von ihnen als überflüssig erweisen könnte.

Schon der Einzelne muß, sofern er sich nicht erbiedlich schädigen will, nach einer gewissen Ordnung sein Leben einrichten und die Bestimmungen, die zur Einhaltung derselben notwendig sind, sehr wohl beobachten.

Von größerer Wichtigkeit sind Ordnung und Geseh für das gesellschaftliche Leben. So kann die Familie, als die kleinste der menschlichen Gesellschaften ohne Ordnung nicht bestehen. Das zu ihrer Erhaltung notwendige Geseh ist in den Geboten Gottes und in den Befehlen und Anweisungen pflichtbewusster Eltern begründet.

Auch in der Schule sowie in jedem sonstigen Lehrfach ist ohne Ordnung und Geseh nichts zu erreichen. Sedt wohl ist es darum zu verstehen, wenn Lehrer und Meister auf Ordnungsliebe und Folgsamkeit so großen Wert legen.

Wie würde es erst in Werkstätte und Fabrik ohne Ordnung und Geseh aussehen! Jeder schaltete und waltete nach seinem Belieben, und so müßten Zustände entstehen, die an den Wirtwart von Babel erinnern würden.

Im Handel gäbe es das reinste Durcheinander, denn ohne Vorschriften auf genaues Einhalten der Ordnung würde mancher vergeblich nach dem Verkäufer oder dem Lehmnädchen rufen, und die sonst leichtübersehbaren Warenbestände bildeten gewiß das reinste Verlierbild.

Der Verkehr wäre ohne Ordnung unmöglich. Da stürzte sich keiner an geschene Vorschriften und Verhaltensmaßregeln. Die Eisenbahnzüge und sonstigen Verkehrsmittel müßten nach Belieben und Guckdanken abfahren und Kraftwagen und Droschken sich entgegengeraden und so nur Unfall und Verderben anrichten.

In Stadt und Gemeinde wären ohne Ordnung und Geseh Ruhe und Sicherheit gefährdet und mein und dein im Staate bald überwundene Begriffe. Nicht wäre der Schwache vor dem Starken sicher, und List und Gewalttat

bildeten für kurz die maßgebenden Faktoren in dem zur Anarchie gewordenen Staatswesen.

Ohne Ordnung und Geseh kommt die Welt nicht aus, und auch in der Natur gewöhnen wir dieselben.

Tag und Nacht, Sommer und Winter wechseln ordnungsgemäß, und im Loben der Unwetter liegt Geseh. Die Tiere folgen den in ihren Instinkten vorgesehneten Wegen, und im Pflanzenreiche herrscht Ordnung. Flüsse und Ströme rauschen in das für sie bestimmte Meer, und der Schmetterling kräht die Rose nach Ordnung und Geseh.

Ja, rings herrscht Ordnung und Geseh. Der Sternhimmel ist ein heiliges Lob auf die Ordnung, und das Atom offenbart des Gesehes Kraft.

Was du muß:

Du mußt atmen, du mußt läen,
Du mußt reuten, du mußt mäden,
Du mußt hämmern, du mußt haken,
Du mußt ordnen, du mußt packen,
Du mußt klopfen, du mußt leben,
Du mußt wissen, du mußt weben,
Du mußt schliffen ohne Bogen,
Bretter Muß zusammenschlagen,
Daus und Bräden mußt du hauen,
Waren in das Schiff verstaun,
Fadten mußt du ohne Ruh'
Und viel and'res noch dazu.
Aber für die andre Sacht,
Ist es immer heilige Pflicht,
Daß sie deine Muß erfassen
Und dich fast nicht darben lassen.

L. Kessina.

Wenn sie ihrer Sache Schaden wollten, dann sollten sie nur ruhig Frieden und Genugtuung folgen. Die würden sie schon um jeden Erfolg bringen. Wenn sie sich selbst dienen wollten, dann müßten sie die Gewerkschaften unterstützen, indem sie ihre Söhne dem Gewerkschaften zuführten. — Wenn auch nicht alles auf einen Schlag erreicht wurde, dann wurden die Kisten doch nachdenklich gemacht. Ich konnte nachher auch feststellen, als ich sie wieder mal etwas be- lauschte, daß sie nicht mehr über die Gewerkschaften her- zogen. Einer hatte sich sogar den „Saarbergknappen“ be- schafft und las daraus den andern vor. Sie machten da- bei ganz verdächtige Gesichter, wahrscheinlich, weil sie sich nun überzeugen konnten, daß die Gewerkschaften doch etwas für sie tun und sie die Gewerkschaften haben mü- ßen. — Und die Lehre aus der Geschichte? Wenn alle unsere Mitglieder, wo immer es sein mag, den Kritik- übern und Besserwissern resolut entgegenzutreten und sie auffälligen über die Arbeit des Gewerkschafts, dann schände manches, was heute unsere Gewerkschaftsarbeit hemmt.

Anmerkung der Redaktion: Wir können uns diesen Worten nur anschließen. Der Kamerad hat durch sein Auf- treten bewiesen, wie man dumme Kritik zum Schweigen bringt und seiner Bewegung dient. Handelt alle Kamer- aden so wie er, dann wird es Friede und Konsortien nicht gelingen, weiter Unfrieden und Verwirrung zu stiften.

Regierungskommission und Lage im Saarbergbau

Am 8. August fand im Ludwigspark die Kund- gebung der Saarbergleute statt. Es wurde u. a. be- schlossen, ein Telegramm an den Völkerbundrat zu senden. Diesem Telegramm hat die Regierungskom- mission einen „Kommentar“ mit auf den Weg ge- geben. Kurz vor Redaktionsschluß erhielten wir da- von Kenntnis. Es dürfte gut sein, das Telegramm nochmals bekannt zu geben und anschließend daran die Uebersetzung (der Text des „Kommentars“ ist französisch) des Begleitschreibens der Regierungskom- mission.

Telegramm an den Völkerbundrat.

50 000 Bergarbeiter, versammelt zu Saarbrücken, protestieren gegen die kühnen Forderungen und die rücksichtslosen Masseneinstellungen durch die französische Bergwerksverwaltung. Wir bitten den Rat des Völk- erbundes, das Eisen vom Saargebiet, das doch durch den Völkerbund verwaltet wird, abzuwenden.

Begleitschreiben der Regierungskommission.

Herr Generalsekretär!

„Indem wir Ihnen einliegendes Telegramm der ver- schiedenen Bergarbeiterorganisationen überreichen, ge- stattet sich die Regierungskommission die folgenden Bemerkungen:

Wie in dem letzten periodischen Bericht angegeben, ist richtig, daß den Saarbergleuten Forderungen an- gelegt wurden. Seit Ende März — zu welcher Zeit die Arbeitslosigkeit beginnt — zählt man 13 Forderungen. Die Arbeitstage, ohne Sonn- und Feiertage und Feiertagen, belaufen sich auf

- 26 im Monat März
- 21 im Monat April
- 22 im Monat Mai
- 22 im Monat Juni
- 23 im Monat Juli
- 24 im Monat August.

(Ohne Feiertage hat jeder Monat normal 25 oder 26 Arbeitstage.)

Bezüglich der Entlassungen beträgt die Zahl der abgelegten Arbeiter für die Zeit vom 8. April bis Ende August ungefähr 900, d. h. annähernd 1,2 Pro- zent der Belegschaft. Die Regierungskommission hat bei der zuständigen Verwaltung Schritte getan, da- mit nur soweit zu Entlassungen geschritten wird, als es die Wirtschaftslage erforderlich macht.

Die Regierungskommission hat sich genau über den gegenwärtigen Stand des europäischen Kohlenmar- ktes erkundigt und festgestellt, daß derselbe nur schwer im Moment die ganze normale Saarkohlenproduktion aufnehmen kann.

Zum Vergleich braucht man nur heranzuziehen, daß man im Ruhrgebiet, wo man nur wenige Forderungen hat, gezwungen war, eine große Anzahl Arbeiter zu entlassen. Die Arbeiterzahl ist von 662 000 (Mittel des Jahres 1922) auf 467 000 (Mittel des Jahres 1924) und 405 000 (Ende Juni 1927) gesunken. Der Verkauf der Kohle wird immer geringer, die Ruhr- gruben entlassen Leute, anstatt wie die Saargruben haben zu sammeln und die Arbeitslosigkeit auf die Gesamtheit der Arbeiter zu verteilen. Von Februar bis Juni 1927 sind die 419 000 Ruhrbergleute auf 405 000 zurückgegangen, also um 3,7 Prozent. In der gleichen Zeit ist die Belegschaft der Saargruben von 74 682 auf 73 495, also um 1,6 Prozent herunterge- gangen. (Entlassungen und normale Abgänge.)

Im Ganzen wurden an der Ruhr in 2½ Jahren 192 000 Arbeiter entlassen, davon 108 000 in weniger als einem Jahr, was im Saargebiet ungefähr 29 000 Entlassungen entspricht, davon 19 000 in weniger als einem Jahr. Im übrigen ist der Arbeitstag der Ruhrbergleute länger als an der Saar . . .

Die Unzufriedenheit der Saarbergleute ist der Re- gierungskommission wohl bekannt; sie ist bemüht,

durch Ermäßigung der Bahnreise den Transport der Saarlehren zu erleichtern. Sie hat Schritte getan, die Lage der Arbeiter zu erleichtern und hat bei der Verwaltung erreicht, daß die fraglichen sozialen Ent- schädigungen den Verheirateten und den Familien- vätern zugute kommen für die Feiertagen, sie hat die verheirateten Entlassenen unterstützt.“

ggl. E. C. Wilson.

Da kurz vor Redaktionsschluß vorliegendes Schrei- ben zu unserer Kenntnis gelangte, können wir eine nähere Würdigung erst in der nächsten Nummer vor- nehmen. Soviel sei für heute schon gesagt, daß es nicht angängig ist, einen Vergleich mit dem Ruhr- bergbau anzustellen, weil dieser zu einem ganz ande- ren Wirtschaftsgebiet als die Saargruben gehört. Die Saargruben gehören Frankreich, weshalb vor- allem ein Vergleich mit dem übrigen französischen Bergbau gezogen werden muß. Was uns notwendig erscheint, werden wir in der nächsten Nummer sagen.

Preussische Unfallstatistik für das 2. Vierteljahr 1927

Der „Deutsche Reichsanzeiger“ vom 1. September 1927 veröffentlicht eine vorläufige Uebersicht über die Unfälle im preussischen Bergbau für das zweite Vierteljahr 1927. Erstaunlicherweise ist ein Rückgang der Gesamtunfälle eingetreten. Jedoch sind die Unfallziffern immer noch sehr hoch. Die Unfälle in Breuchen entwickelten sich wie folgt:

	Gesamtunfälle	Davon tödlich
1. Vierteljahr 1926 . . .	28 688	286
2. Vierteljahr 1926 . . .	25 070	322
3. Vierteljahr 1926 . . .	34 611	322
4. Vierteljahr 1926 . . .	34 151	335
1. Vierteljahr 1927 . . .	35 535	340
2. Vierteljahr 1927 . . .	22 325	302

Gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr zeigt sich eine leichte Abnahme der Gesamtunfälle. Die Zahl der tödlichen Unfälle ging um 38 zurück. Im Vergleich zum zweiten Vierteljahr 1926 ist die Zahl der Gesamtunfälle noch erheblich höher. Im Berichtsvierteljahr hatte der Steintohlenbergbau die höchste Unfallziffer. Im zweiten Vierteljahr ereigneten sich im Steintohlenbergbau 28 030 Unfälle, davon 239 tödliche. Im Braunkohlenbergbau waren 2582 Unfälle, davon 28 tödliche, zu verzeichnen. Die Unfallziffer im Erzbergbau betrug 1127, davon waren 22 tödlich. Im Salzbergbau betrug die Zahl der Un- fälle 420, davon 8 tödlich. Eine Verminderung der Un- fälle muß weiter angestrebt werden.

Von den Arbeitsstätten der Kameraden

„Ist das Recht? Am 17. September 1926 verweigerte der Steiger Viehmeister den Kameraden Heinrich Plant und Johann Rink aus Büttlingen die Anfahrt, wodurch ihnen eine Schicht verloren ging. Am fraglichen Tage war Lohnung. Rink brachte seinen Lohn seinem Bruder, damit er ihn seiner Familie bringe. Dadurch war er ge- rade nicht zur Stelle, als sein Name verlesen wurde. Plant schickte sein Weib, was ihn hinderte, bei der Auf- rufung seines Namens „hier“ zu rufen. Sofort nach Be- endigung des Verlesens ihrer Abteilung meldeten sie sich beim Steiger Viehmeister. Dieser verweigerte aber die Anfahrt. Nachdem die Beschwerde beim Tarif- und Haupttarifauschuss ergebnislos geblieben war, klagten die Kameraden Klage beim Bergwerksgericht an. Am 24. Mai 1927 fand die erste Verhandlung am Berg- werksgericht in Völklingen statt. Die Sache wurde ver- zogen und fand am 15. September erneut zur Verhand- lung. Es drehte sich um die Bezahlung des entgangenen Lohnes, da den Kameraden ohne Not die Anfahrt ver- weigert worden war. — Obgleich vor dem Bergwerks- gericht nachgewiesen wurde, daß die Kameraden mit ihrer Abteilung anfahren konnten, mithin gar keine Betriebs- störung in Frage kam, wurde die Klage abgewiesen. — Dieser Standpunkt des Gerichtes ist schwer zu verstehen. Wenn die Anfahrt vorbei gewesen wäre, könnte man für das Verhalten des Steigers noch Ver- ständnis aufbringen. In diesem Falle hätten notwendige Vorgänge dazu geführt, daß die Kameraden beim Auf- rufen ihres Namens nicht gerade „hier“, sagen konnten. Sie meldeten sich sofort am Schluß des Verlesens. Wer da behauptet, die Anfahrt der Kameraden sei unmöglich gewesen, der stellt die tatsächlichen Vorgänge beim Ver- lesen und der Anfahrt auf den Kopf. Es ist sehr zu be- dauern, daß das Gericht den Kameraden nicht zu dem in Unrecht entgangenen Lohne verhalf.

Grube Heintz. Dem Tarifauschuss waren nachstehende Fälle zur Entscheidung unterbreitet: Dem Kameraden Friedrich Kooß wurde in der Badeanstalt Heintz ein Hemd entwendet. Aus den Beständen der Verwaltung wird das Hemd ersetzt. — Ebenso wurde in der Badean- stalt dem Kameraden Eder aus Erbach ein Geldbeutel mit der Monatskarte entwendet. Da die Untersuchung noch nicht ganz abgeschlossen ist, erfolgte Vertagung bis zur nächsten Sitzung. — Der Kamerad Peter vom aus Eibersberg wurde im Monat Januar mit 10 Prozent und zwei Schichten Ablegung bestraft, weil er im Ver- kehr einen Hobraum offen ließ und eine Auseinander- setzung mit dem Fahrhauer Kamperhof hatte, bei welcher Gelegenheits Kamperhof beleidigt wurde. Der Fall lag dem Haupttarifauschuss zur Entscheidung vor und wurde von demselben an den Inspektionsausschuss wieder zur

Entscheidung zurückverwiesen. Damm erhält nun die 10- prozentige Strafe zurückgestellt und wird ihm die Ge- logenheit aboten, die zwei gefeierten Schichten heraus- zumachen.

Grube Heintz. Am 21. September fand eine Sitzung der Sicherheitsmänner statt. Folgende Beschwerden wurden der Bergverwaltung im Namen der Belegschaft vorgebracht:

Die Belegschaft, welche an Schacht 3 und 4 ausfährt, nimmt ihr Gezähe mit in die Badeanstalt, um dasselbe, nachdem die Leute sich gewaschen, in der Zechenschmiede abzugeben. Dori wird die Annahme jedoch verweigert. Das Härten und Schärfen des Gezähes geschieht äußerst mangelhaft. Bei Anfang und Beendigung der Schicht soll dem Antrag entsprechend das Gezähe in geschlossenen Wagen von und zur Zechenschmiede transportiert werden. In verschiedenen Abteilungen fehlen Heile, Schraubenschlüssel, Roherradre, Dichtungsringe und Spritzventile. Vielfach sind die Strecken mit Wasser und Schmutz angefüllt. Die Wetterführung läßt viel zu wünschen übrig. Verbauer sind nicht in genügender Anzahl vorhanden. Die Seilfahrt läßt jede Regelmäßigkeit vermissen und reißt oft erreichende Arbeiter ihre Füße nicht mehr. Am Geischschacht 1 sind an den Fördergerippen die Schutzbleche nicht in Ordnung, wodurch bei der Ein- und Ausfahrt die Kameraden durchdringt werden. Am Geischschacht ist kein Kasserbet vorhanden, derselbe ist an Schacht 4, ungefähr 1000 Meter vom Geischschacht entfernt, beschaffen. Bei Regenwetter sind die Pflock- nummern der Wagen, wenn dieselben beim Kasserbet anlangen, vermischt oder unleserlich. Die Wagen werden somit den einzelnen Kameradhalten in der wirklich ge- förderien Zahl nicht aufgeschrieben und gehen verloren. Auf der Schachtanlage ist kein Beamter zur Ausfertigung von Erlaßmarken und für Krankenscheine vorhanden. In diesem Zweck wünscht die Belegschaft wenigstens die Beschäftigung eines Schreibers. Leute, die Kohlengeld zu bezahlen haben, erhalten weniger Ablichtung verfahren.

Die Verwaltung sagt die Prüfung der vorgebrachten Beschwerden und möglicher Abstellung der Mängel zu. Bergleute, die 40 Jahre Dienstzeit zurückgelegt und dieses Jahr pensioniert werden, sollen als Anerkennung ihrer langjährigen Dienstzeit eine Uhr erhalten.

Grube Riteswald. Das Schmieron der Wagen auf dieser Grube ist sehr wirklich „muffertüchtig“. Das man doch sehr Wagen im Betrieb, wo drei und vier Mann dran gehen müssen, um sie vor die Arbeit zu bringen. Ob das „rationell“ ist, was die Gruberverwaltung sich mal überlegen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß hier viel Kraft völlig unnütz vergeudet wird, was nicht wäre, wenn die Wagen reelmäßig und ordentlich geschmiert würden.

Inspektion 7. Wie aus Kameradentreisen mit- geteilt wird, herrschen auf Inspektion 7, Abtg. 7b, sonderbare Verhältnisse. Der Fahrhauer D. läßt nach Belieben Leute 2—3 Ueberwachern verfahren. Es sollen Leute sein, welche keiner Organisation angehören. Wenn wir auch grundsätzlich jede unnütze Ueberwachung ver- werfen, so sind wir dennoch der Ansicht, daß, wenn aus betriebstechnischen Gründen Ueberwachern verfahren wer- den müssen, kein Unterschied in der Person gemacht wer- den darf. Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügt, sonst müßten wir uns einmal genauer mit dem Herrn Fahr- hauer auseinandersetzen.

Tauschmann sucht Fahrhauer 1 Kl. Peter Zimmer aus Mingen. Heusweiler Straße (Gemeindehaus) zur Be- legung von Grube Mandach nach Götterborn, Reden, Bredfeld oder Camphausen. Meldung beim Kameraden oder dem Bezirksbüro Mingen.

Tauschmann suchen: 1. Bauer Peter Scheer, Bild- stoff, Adolfsstraße 4, zur Verlegung von Grube Mandach nach Reden (West- oder Bildstoffschacht); 2. Bauer Karl Arnold (Weldung an Bildstoffwerkstätten, Bildstoff, Kaiserstraße 85) zur Verlegung von Grube Friedrichshof nach Reden (Bildstoffschacht). — Meldungen an die Ka- meraden oder Bezirksbüro, Saarbrücken, St. Johanner Straße 49, Zimmer 10.

Dankagung. Für die schöne Geldspende, die die Ka- meraden der Grube Bredfeld aus Anlaß des Todes meines Mannes mir überreichten, sage ich auf diesem Wege allen Gebern herzlichsten Dank.

Frau Wm. Eduard Gemmel, Bildnerfeld.

Nachruf. Unsere Zehnstelle hat durch den Tod des Ka- meraden Nikolaus Thom e einen herben Verlust erlitten. Immer war er eifrig für unsere Sache tätig. Möge sein Beispiel weiter wirken. Sein Andenken in Ehren!

Der Vorstand der Zehnstelle Bardenbach.

Nachruf. Unsere Zehnstelle hat einen schweren Verlust erlitten. Am 6. Oktober verschied unser Kamerad Georg Gräfel völlig unerwartet. Er war lange Jahre bis zum 1. Mai d. J. erster Vorsitzender der Zehnstelle. Immer bestrebt, die Zehnstelle hoch zu bringen, diente er mit aller seiner Kraft dem Gewerksverein. Möge sein Beispiel fort- leben. Sein Andenken wird die Zehnstelle in Ehren halten.

Der Vorstand der Zehnstelle Heusweiler.

Bekanntmachung

Der 42. Wochenbeitrag (Woche vom 8. bis 15. Oktbr.) ist in dieser Woche fällig.

Für die Redaktion verantwortlich: F. Rieker. Vert. des Gewerkschafts Kritik Bergarbeiter Deutschlands. Druck: Saarbrücker Druckerei und Verlag K. G.